Über die Autoren



Mag. Christoph Hofinger hat Germanistik und Soziologie studiert. Zusammen mit Günther Ogris leitet er seit 1996 das SORA-Institut *(www.sora.at)*. Christoph Hofinger führt mit dem SORA-Wahlteam seit mehr als zwei Jahrzehnten für den ORF und ausländische Medien Wahlhochrechnungen und -analysen durch. Neben sozialwissenschaftlichen Schwerpunkten ist Hofinger auf den Bereich politische Emotionen und öffentliche Sprache (Framing) spezialisiert; er konzipiert und leitet regelmäßig Seminare bei „SORA Next Level" zu Statistischen Methoden und Politischer Kommunikation.



Mag. Andreas Holzer, Researcher, Consultant: Geboren 1976 in Klagenfurt, arbeitet seit 2003 bei SORA. Studium der Politikwissenschaft mit Fächerkombination Soziologie und Recht (Universität Wien); Ausbildung zum Coach (BFI Wien). Politik- und Wahlforschungsprojekte; Politikberatung auf Grundlage quantitativer und qualitativer Erhebungen; Forschung im Bereich Politischer Kultur, Lebensqualität und Wohnen; Seminare und Workshops unter anderem zu den Themen Emotionen und Framing in Politik und Kampagnen.



Dr. Florian Oberhuber arbeitet als PR-Manager und Berater am SORA-Institut. Er studierte Sozialwissenschaften in Österreich, USA und Brüssel und arbeitete dann bei Ruth Wodak zu Themen der politischen Diskursanalyse. Nach Stipendien am WIKO Berlin und der Yale Law School sowie einem Fellowship am Europäischen Hochschulinstitut wechselte er 2007 in die angewandte Forschung und Beratung. Oberhuber arbeitet zu Themen der strategischen Kommunikation für öffentliche Institutionen, NPOs und Medienunternehmen.



Mag. Martina Zandonella ist Sozialwissenschafterin am Wiener SORA-Institut. Sie studierte Psychologie und forscht seit 2008 bei SORA im Bereich der Demokratie- und Partizipationsforschung. Sie lehrt quantitative und qualitative Forschungsmethoden sowie ausgewählte Aspekte der Sozialpsychologie im Rahmen der SORA Weiterbildungsschienen. Zahlreiche Publikationen zu den Themen Politische Psychologie, Ungleichheit und Demokratie, Wahlen und Wahlverhalten.

Neue Rahmen für alte Themen

Die Rolle von Framing für Erfolg und Scheitern bei der Nationalratswahl 2017

VON CHRISTOPH HOFINGER, ANDREAS HOLZER, FLORIAN OBERHUBER & MARTINA ZANDONELLA

„Framing" ist ein Modebegriff geworden. „Wie framen wir das jetzt?" ist immer wieder in Sitzungen zu hören, in denen schnell nach einer griffigen Formulierung gesucht wird. Bei Framing geht es aber um viel mehr, wie wir im Folgenden anhand der Nationalratswahl 2017 zu zeigen versuchen: Es geht darum, welche Werthaltungen und Weltbilder Sprache transportiert und verstärkt – oder eben nicht. Und auf diese Weise Wahlen letztlich entscheidet.

Das „Ausländerthema" bei der Nationalratswahl 2017

Die Themen Migration und Integration, ebenso wie entsprechende Einstellungen in der Bevölkerung unterliegen einer wechselnden Konjunktur. So erfuhr das „Ausländerthema" einen Aufstieg parallel zu den Wahlerfolgen der FPÖ unter Jörg Haider mit einem ersten Höhepunkt anlässlich des Volksbegehrens „Österreich zuerst" im Winter 1993. Weiterhin stark rund um die Jahrtausendwende und die EU-Erweiterung 2004, hatte das Thema hingegen im Nationalratswahlkampf 2006 massiv an Bedeutung verloren: In einer Wahltagsbefragung von SORA und IFES rangierte die „Integration von Ausländern" unter 16 abgefragten Themenbereichen damals nur an 14. Stelle.[1] Und auch in der SORA/ISA Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl 2008 findet sich „Zuwanderung" in der Liste der wichtigsten Themen im Wahlkampf nur an vorletzter Stelle.[2]

Der starke Anstieg der Flüchtlingszahlen in Europa im Jahr 2015, die Konflikte und Schwierigkeiten mit deren Bewältigung in der europäischen und österreichischen Politik und die hohe mediale und öffentliche Aufmerksamkeit haben Migration und Integration wieder zu einem Top-Thema der österreichischen Politik gemacht. Dabei hinterließ das Krisenmanagement der

Bundesregierung im Verlauf des „Flüchtlingsjahres 2015“ in der Bevölkerung einen ausgesprochen negativen Eindruck: Fast die Hälfte der Befragten (46 Prozent) gaben in einer Studie vom Oktober 2015 an, dass sie in Bezug auf die Handlungen der Politik „verärgert“ sind. 59 Prozent schätzten die Arbeit der Österreichischen Bundesregierung angesichts der Flüchtlingssituation als weniger gut oder gar nicht gut ein.[3] Diese Unzufriedenheit mit der Regierungskoalition erwies sich als dauerhaft, wie sich unter anderem am schlechten Abschneiden der SPÖ- und ÖVP-Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl 2016 zeigen sollte.

Die Regierungsparteien reagierten darauf mit einer deutlichen Verschiebung ihrer politischen Rhetorik in Richtung Härte und Abschottung gegenüber Flüchtlingen und Migration. Im Folgenden soll argumentiert werden, dass dieser rhetorische Schwenk weniger eine Anpassung der politischen Eliten an eine mehrheitlich bereits rigide Bevölkerungsmeinung war, sondern dass umgekehrt der Diskurs der politischen Eliten das Meinungsbild in der Bevölkerung bis heute stark beeinflusst hat.

Flüchtlinge, Migration und Value Shifters

SORA hat die Einstellungen der Österreicherinnen und Österreicher[4] zu Flüchtlingen, Migration und Integration seit mehr als zehn Jahren in zahlreichen Forschungsprojekten untersucht. Dabei zeigte sich vielfach das Phänomen widersprüchlicher oder ambivalenter Einstellungsmuster. So wurden in der bereits genannten Studie vom Oktober 2015 vier Aussagen zur aktuellen Flüchtlingssituation vorgelegt, die sowohl das Bedürfnis nach Abschottung als auch nach Aufnahme und Hilfe für die Flüchtlinge ausdrückten.[5] Die Analyse zeigte

- bei 58 Prozent der Befragten überwiegend positive Einstellungen[6] zu den Flüchtlingen;
- bei rund einem Fünftel der Befragten (19 Prozent) überwiegend negative Einstellungen zu den Flüchtlingen;
- das verbleibende knappe Viertel der Befragten (23 Prozent) zeigte ein hochgradig ambivalentes Einstellungsmuster mit Zustimmung sowohl zu Abschottung als auch zu Aufnahme und Hilfe.

Die vom US-amerikanischen Linguisten George Lakoff geprägte Theorie des politischen Framing bietet mit dem Begriff der „Value Shifters“[7] eine Möglichkeit, dieses Phänomen ambivalenter Einstellungsmuster wissenschaftlich einzuordnen.[8] Lakoff nennt diejenigen Menschen „Value Shifters“, die aus unterschiedlichen Perspektiven – vereinfacht gesprochen aus einer „rechten“ und einer „linken“ – auf das gleiche Thema blicken können. Ihre Haltung zu ein und derselben Sache kann wechseln, je nachdem wie darüber gesprochen wird.

In einer Analyse der Einstellungen rund um die Abschaffung der Zweidrittelmehrheit für Budget- und Steuergesetzgebung in Kalifornien hat Lakoff die Anzahl der Value Shifters bei diesem Thema mit rund 18 Prozent der Wahlberechtigten angegeben:

They think like both liberals and conservatives – depending on how they understand the issue. With a liberal value-framing, they give liberal answers; with a conservative value-framing, they give conservative answers. (Lakoff 2010)

Aus strategischer Sicht sind diese Value Shifters insofern besonders relevant, als sie in besonderem Maße durch Wahlkampfkommunikation mobilisierbar sein dürften. Wenn wir dem seit den 1990er Jahren in Kognitionswissenschaft und Psychologie entwickelten Ansatz des „motivated reasoning“[9] folgen, dann sind Personen mit festen eigenen Überzeugungen für gegenläufige Botschaften und Fakten kaum erreichbar. Unter Value Shifters hingegen ist nach Lakoff zu erwarten, dass die Dominanz einer bestimmten Werteperspektive in öffentlichen Debatten dazu führen wird, dass ebendiese Perspektive und das damit verbundene Framing im kognitiven System der Adressaten gestärkt, konfligierende Werteperspektiven hingegen geschwächt werden.

Erfolgreiches Framing im Sinne von George Lakoff ist daher die Kunst, die eigenen politischen Positionen und Maßnahmen mit Bezug auf die eigenen Werte und in einer zu diesen Werten kohärenten Sprache zu kommunizieren. Denn Sachpolitik, Fakten und Expertise allein, so Lakoff, reichen nicht aus, um Wähler zu überzeugen. Diese hören politischer Kommunikation immer auch mit einem moralischen Ohr zu, für das politische Vorschläge nur dann überzeugend klingen, wenn diese mit Bezug auf relevante Werte als „moralisch richtig“ erkannt werden können.

Kurz: Fakten ohne ein moralisches Framing sind in der politischen Massenkommunikation wirkungslos. Framing ohne Fakten, d. h. politisch-moralisch inszenierte Kommunikation ohne sachpolitische Expertise und Faktenbasis, kann hingegen durchaus Wirkung entfalten, zumal wenn die politische Konkurrenz kein überzeugendes alternatives Framing anbietet.

Das integrationspolitische Framing der Parteien im Nationalratswahlkampf 2017

Im Lichte dieser Analysen erscheint die Nationalratswahl 2017 auch als Versagen der Parteien links der Mitte in der Auseinandersetzung um die Value Shifters beim Thema Migration und Integration. So haben die Grünen auf Bundesebene dieses Thema als eines, das ihnen vermeintlich nur schaden könnte, bewusst vermieden und sich damit selbst marginalisiert. Es ist ihnen letztlich weder gelungen, auf der Sachebene fundierte Positionen und Maßnahmen einzubringen, noch in den Kampf um die politisch-moralische Hegemonie mit einzugreifen.

Die politische Kommunikation der SPÖ seit 2015 erscheint aus Sicht des Framing-Ansatzes als ein Schlingerkurs. Einerseits sollte in Abgrenzung zur FPÖ weiterhin eine liberale Linie vermittelt werden. Auf der anderen Seite sollte mit Blick auf eine vermeintlich rigide Bevölkerungsmeinung explizit Härte gezeigt werden – mit dem Effekt, dass sprachlich etwa im „Plan A" Flüchtlinge und Einwanderer primär als Bedrohung für Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Werte wie die Gleichberechtigung der Geschlechter gerahmt wurden.[10]

Die ÖVP unter Sebastian Kurz hat sich in Sachen Migration und Integration entschieden, Positionen der FPÖ und die entsprechenden Frames zu übernehmen und diesen damit zusätzliche moralische Autorität zu verleihen. Was in der Vergangenheit noch als „ausländerfeindlich" kritisiert wurde, wurde mit der Kurz-Kampagne als Teil des moralischen Common Sense legitimiert: „tun, was richtig ist". Eventueller moralischer Zwiespalt in den Herzen und Hirnen der „Value Shifters" dürfte sich angesichts dieser Botschaft abgeschwächt haben: ein Umstand, der einer Entscheidung

zugunsten der beiden Proponenten des FPÖ-Framings in der Wahlzelle zusätzliche „kognitive Leichtigkeit" (cognitive ease) verliehen haben mag.

Die Positionierung der ÖVP unter Sebastian Kurz führte in den TV-Konfrontationen im Nationalratswahlkampf zur Dominanz des „Ausländer-Frames": Laut einer Analyse von APA de facto wurde in den TV-Duellen auf allen Sendern mit 2,5 Stunden Sendezeit am meisten über Migration und Asyl gesprochen (vor Steuerpolitik und der Frage möglicher Koalitionen nach der Wahl).[11] Dieser Sachverhalt auf der politischen Angebotsseite blieb nicht ohne Effekt auf die Wähler: 58 Prozent der Befragten gaben in der SORA/ISA Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl 2017 an, dass sie im Wahlkampf „sehr häufig" über „Asyl und Integration" diskutiert haben, das ist der mit Abstand höchste Wert unter elf abgefragten Themen.[12]

Der Blick auf Zuwanderung als „Fürsorgliche Eltern" oder „Strenger Vater"

George Lakoff hat die politische Kommunikation zu unterschiedlichsten Themen untersucht und dabei beobachtet, dass Menschen mit „linken" und Menschen mit „rechten" Weltbildern oft aneinander vorbeireden. Wenn idealtypische Vertreter dieser beiden Gruppen miteinander diskutieren, kommen die moralischen Begründungen bei der jeweils anderen Seite nicht an oder verursachen Kopfschütteln. Der Demokrat kann dem Republikaner nicht erfolgreich vermitteln, warum er für den Schwangerschaftsabbruch ist, die Republikanerin der Demokratin nicht, warum sie die Todesstrafe befürwortet.

Lakoff erklärte diese Beobachtung letztlich als Effekt von zwei grundsätzlich verschiedenen Erziehungsmodellen und den damit einhergehenden Menschen- und Weltbildern. Menschen machen die erste Erfahrung von Governance, also „regiert zu werden", in der Regel als Kinder in der Familie. Während die eine Familie davon überzeugt ist, dass Kinder nur durch Disziplin und Gehorsam zu einem gelingenden Leben geführt werden können, hält die andere weniger von Strenge und ist davon überzeugt, dass Schutz und Befähigung dem Kind die Voraussetzungen für ein gutes Leben als Erwachsene bieten.

Mit diesen zwei Erziehungsansätzen vermitteln sich zwei grundlegend verschiedene Menschenbilder: Im Frame des „Strengen Vaters“[13] kommen wir, wenn nicht als böse, so zumindest nicht von vornherein als „gute Menschen“ zur Welt. Kinder müssen auf eine gefährliche Welt vorbereitet werden und lernen, ihre Impulse und Triebe unter Kontrolle zu halten. Der „strenge Vater“ ist in diesem Modell der Lehrmeister, der Unterordnung verlangt und bei Bedarf straft – und zwar nicht etwa aus Sadismus, sondern aus Verantwortungsbewusstsein gegenüber Menschen, die noch nicht genügend Disziplin entwickelt haben, um im Leben zu bestehen.

Im zweiteren Modell herrscht die Vorstellung vom Menschen als an sich gutem Wesen, das soziale und strukturelle Rahmenbedingungen braucht, um gedeihen zu können. Dieser Mensch braucht Schutz durch die Eltern und Bestärkung sowie Förderung des Selbstwertgefühls. Der Mensch hat Aussichten auf Erfolg im Leben aufgrund verschiedener Rahmenbedingungen, die von der Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden, wie Schule, Infrastruktur etc. (vgl. Lakoff 2014).

Diese zwei Menschenbilder erklären auch völlig unterschiedliche Sichten zu Sozialpolitik und Umverteilung: Während die einen glauben, dass Sozialprogramme bei Menschen Disziplinlosigkeit fördern, glauben die anderen, dass sie Menschen in schwierigen Situationen befähigen, wieder aufzustehen und ihren Weg weiterzugehen.

„Zuwanderung ins Sozialsystem“ als Anwendung des „Strenger-Vater-Frames“

Im Nationalratswahlkampf 2017 ist es den Parteien rechts der Mitte gelungen, den Gerechtigkeitsbegriff in ihrem Sinne zu framen. Verteilungsgerechtigkeit und Fairness wurden nicht in Hinblick auf zunehmende Vermögenskonzentration und die wachsende Schere zwischen Arm und Reich diskutiert – wie es im Interesse der SPÖ gelegen wäre, die dies zwar ansatzweise, aber letztlich nicht konsequent versucht hat. Im Zentrum der meisten Debatten stand vielmehr die Frage, wer wie viel an Sozialleistungen erhält und ob dies gerechtfertigt sei:

„Sozialleistungen“ waren nach „Asyl und Integration“ das am zweithäufigsten diskutierte Thema im Wahlkampf.[14]

Die Liste Sebastian Kurz formuliert ihr Verständnis von „neuer Gerechtigkeit“ im ersten Teil ihres dreiteiligen Programms:

„Aber Gerechtigkeit muss für uns nach wie vor das Ergebnis von Arbeit und nicht von Umverteilung sein. Wenn wir arbeitsfähigen und gesunden Menschen ein komfortables Leben aufgrund von staatlicher Unterstützung ermöglichen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie wenige Anreize verspüren, sich ihr Leben durch Erwerbsarbeit zu finanzieren. Wir dürfen uns auch nicht wundern, wenn unser Sozialsystem innerhalb und außerhalb der EU attraktiv für Zuwanderung ist.“ (Wahlprogramm Neue Volkspartei 2017, 1/3, S. 6)

Im ersten Satz wird an wirkliche Gerechtigkeit der Anspruch gestellt, dass sie Disziplin und Leistungsbereitschaft der einzelnen widerspiegelt. Eine staatliche Unterstützung sei kein allgemeines moralisches Recht, sondern eines, für das vorher Leistung erbracht werden muss: „Wer Leistungen beziehen will, muss zuerst Leistungen erbringen“ und „Wer arbeitet und Leistung erbringt, darf nicht der Dumme sein“, heißt es auf der selben Seite.[15]

Wer dieses Menschenbild teilt, glaubt, dass man anderen nichts Gutes tut, indem man sie unterstützt, statt sie zu fordern. Der emotionale Fokus liegt aber auf der Mehrheitsgesellschaft: Dass Gruppen eine Sozialleistung ohne vorherige Gegenleistung erhalten, wäre gegenüber Arbeitenden und Leistungsträgern ungerecht.

An diesem Beispiel können wir das Menschenbild des „Strengen Vaters“ nach Lakoff in österreichischer politischer Praxis nachvollziehen: Ein System, das Menschen in schwierigen Situationen „Schutz und Hilfe“ (Modell der fürsorglichen Eltern) gewährt und quasi die Voraussetzung für spätere Erwerbsbeteiligung ist, ist im Modell des „Strengen Vaters“ eine Einladung zur Disziplinlosigkeit – sowohl für die bereits im Land Befindlichen als auch für die Zuwanderungswilligen. Daraus ergibt sich die programmatische Schlussfolgerung: „Wir müssen ganz klar die Zuwanderung ins Sozialsystem vermeiden“…(ebd. S. 47).

Der im Wahlkampf – etwa auch in den TV-Debatten – häufig verwendete Ausdruck „Zuwanderung ins Sozialsystem“ erbringt in nur drei Worten also eine sehr starke Framing-Leistung. Politisch relevante Framing-Leistungen

enthalten stets moralische Urteile, vereinfacht gesprochen: Ist jemand oder etwas gut oder schlecht?

Dieses Urteil erfolgt im Ausdruck „Zuwanderung ins Sozialsystem" auf zwei Ebenen. Einerseits betrifft es die Motive von Zuwanderern, diese – auch wenn die verfügbare Evidenz[16] dies nicht stützen kann – seien niedrig. Andererseits ist der Ausdruck ein Urteil über die Qualität des österreichischen Sozialsystems: Es erzeuge unmoralisches Verhalten und sei gegenüber der moralisch handelnden Mehrheitsbevölkerung ungerecht.

Den Parteien links der Mitte ist es in der Kampagne zur Nationalratswahl auch nicht ansatzweise gelungen, diesem konsequenten „Strenger-Vater-Framing" ein eigenes Framing entgegenzusetzen. Hier spricht einiges dafür, dass dies für den Ausgang der Nationalratswahl im Endeffekt wesentlich entscheidender war als etwa die Silberstein-Affäre und andere mediale „Aufreger"[17]: Denn welches Weltbild bei der Gruppe der Value Shifters häufiger aktiviert wird, ist laut Lakoff für ihre Wahlentscheidung von zentraler Bedeutung.

Beispiel „Klimaschutz": Am Framing gescheitert

Während die Parteien rechts der Mitte durch konsequentes und auch einander verstärkendes Framing die Themen Migration, Asyl, Sozialtransfers und Sicherheit zu „Winning Issues" dieser Nationalratswahl gemacht haben, ist für Umweltthemen wohl das Gegenteil der Fall. Die Art der Kommunikation von Umweltthemen hat vermutlich dazu geführt, dass Ökothemen im Lauf des Jahres 2017 nicht wichtiger, sondern vermutlich sogar weniger relevant für die Wähler wurden. Auch wenn es mit der vorliegenden Datenlage keinen streng wissenschaftlichen Beweis für die These geben kann, dass die gewählte Kommunikation zu Umweltthemen das Ausscheiden der Grünen im Endeffekt mitverursacht hat, gibt es doch einige Hinweise, die dies plausibel erscheinen lassen.

Über Ökothemen haben die Wähler im Vorfeld der Nationalratswahl vergleichsweise selten debattiert: Nur 19 Prozent der Österreicher diskutierten „sehr häufig" über Umweltschutz, damit liegt das Thema unter elf abgefragten an vorletzter Stelle[18]. Es wurde damit sogar etwas weniger häufig als wichtiges

Thema genannt als noch im Vorfeld der Nationalratswahl 2013. Dem gegenüber stand der fast trotzige Versuch der Grünen Kampagne, mit Umweltschutz „durchzukommen", konkret mit Klimaschutz: „Für mich ist Klimaschutz und Umweltschutz ein ganz zentrales Thema in diesem Wahlkampf... In allen Interviews versuche ich es unterzubringen, auch wenn die anderen nicht davon reden wollen."[19]

Dieses Zitat der Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek spiegelt die zentralen Schwierigkeiten der Grünen bei der Kommunikation des Ökothemas wider.

Sehen wir uns zunächst das Wort „Klimaschutz" an.[20] Es ist zu vermuten, dass dieser Begriff irgendwann in Analogie zu Begriffen wie „Tierschutz" und „Naturschutz" etabliert wurde – und zwar von Menschen, die andere für diese Ziele mobilisieren wollen. Hier wurde offenbar nicht bedacht, dass die emotionale Stärke von „Tierschutz" weniger am Wort „Schutz" an sich liegt, sondern dass in Kombination mit „Tier-" beim Publikum sofort Bilder schutzbedürftiger Lebewesen entstehen (wie hilflosen, kleinen Hundewelpen). Und auch bei „Naturschutz" geht es darum, mit der Natur etwas Lebendiges zu bewahren.

Das Klima ist dagegen etwas Unbelebtes. Es mag zwar mit Lebewesen interagieren, aber es ist selbst keines. Das Klima hat dadurch kein eigenständiges Recht auf Schutz. Noch gravierender: die Veränderungen im Klima sind – gerade laut Umwelt-Aktivisten – für die Menschen etwas Bedrohliches. Folglich hat das Klima gegenüber vielen Lebewesen und natürlich auch den Menschen die Rolle eines Gefährders, wenn nicht eines Feindes. Daher kann – bei allen höchst vernünftigen Argumenten für die Verlangsamung der Erderwärmung – das Wort „Klimaschutz" emotional Menschen vermutlich nur sehr schwer für dieses Anliegen motivieren.

Viele ökologisch Engagierte scheinen dies zu spüren. Auch die wiederkehrenden Inszenierungen der internationalen Klimagipfel könnten letztendlich auf das Publikum paradoxerweise sogar „einschläfernde Wirkung" ausüben.[21] Um dem gegenzusteuern und stärkere Emotionen hervorzurufen, verwenden NGOs wie auch die Grünen in den letzten Jahren vermehrt Ausdrücke wie „Klimakrise"[22] und „Klimakatastrophe"[23].

Das Problem hierbei: Es wird eine Apokalypse gezeichnet, aber nicht der

Weg zur Rettung. Ein häufiges Narrativ zur Globalen Erwärmung sagt, bildlich gesprochen, der Menschheit den Untergang voraus, würden wir nichts tun – mit enormer Anstrengung könnten wir allerdings dafür sorgen, dass uns das Wasser sozusagen nur mehr bis zum Hals steht. Erlösungshoffnung ist das keine, ein gelobtes Land, in dem die Herausforderung Klimawandel im Griff ist, scheint weit weg, quasi unerreichbar. Das erzeugt Angst und Abwehr und macht so das Klima-Thema auch zu einer enormen kommunikativen Herausforderung.[24]

Diese Herausforderung, nämlich Begriffe und Narrative einzusetzen, die Menschen für den Kampf gegen die Erderwärmung mobilisieren können, blieb auch 2017 ungelöst. Weder Medien und schon gar nicht die politische Konkurrenz sprang auf, aber die Grünen reagierten mit Bestemm, indem sie öfters thematisierten, dass sonst niemand darüber sprechen möchte.[25]

Der toxische Effekt aus Sicht der Grünen ist, dass sie dadurch nicht nur auf eine Erzählung gesetzt haben, die, wenn überhaupt, nur sehr wenig mobilisiert hat. Sie haben darüber hinaus auch ungewollt eine Aussage über sich selbst getroffen: nämlich dass sie in dieser Kampagne letztlich zu wenig darauf geachtet haben, ob und wie ihre Erzählungen angenommen werden und damit wohl auch bei nicht wenigen ihrer bisherigen Wähler als „out of touch" wahrgenommen wurden.

Daraus den Schluss zu ziehen, dass die Klimawandel- oder Umweltthemen generell kein Mobilisierungspotenzial haben, wäre voreilig. Aber die Nationalratswahl zeigt im Fall der österreichischen Grünen dramatisch, wie ungeschicktes Framing und das Setzen auf Narrative, die keine Mobilisierungskraft entwickeln oder diese sogar unterlaufen, letztendlich entscheidend für den Wahlausgang sein können.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR UND QUELLEN:

- Duchesne, Sophie & André Paul Frognier (2002). „Sur les dynamiques sociologiques et politiques de l'identification à l'Europe". Revue Française de Science Politique 52(4): 355-373.
- Kahan, Dan (2016): The Politically Motivated Reasoning Paradigm, Part 1: What Politically Motivated Reasoning is and How to Measure it. Emerging Trends in Social and Behavioral Sciences. An Interdisciplinary, Searchable, and Linkable Resource: 1–16.
- Lakoff, George (2010): The Poll Democrats Need to Know About. Blogbeitrag vom 15.4.2010 in Huffpost, abrufbar unter: https://www.huffingtonpost.com/guest-pollster/lakoff_the_poll_democrats_need_b_727345.html (abgerufen am 19.11.2017).
- Lakoff, George (2014): The ALL NEW Don't Think of an Elephant!: Know Your Values and Frame the Debate, Vermont, Chelsea Green Publishing.
- Marshall, George (2015): Don't even think about it: Why our brains are wired to ignore climate change. Bloomsbury Publishing USA.
- Nir, Lilach (2011): „Motivated Reasoning and Public Opinion Perception". Public Opinion Quarterly. 75 (3): 504-532.

- Österreichische Volkspartei (2017): Das Programm der Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei – zur Nationalratswahl 2017 – Der neue Weg. Neue Gerechtigkeit und Verantwortung 1/3, Wien, abrufbar unter: https://secure.sebastian-kurz.at/neue-gerechtigkeit/ (abgerufen am 19.11.2017).
- Österreichische Volkspartei (2017): Das Programm der Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei – zur Nationalratswahl 2017 – Der neue Weg. Ordnung und Sicherheit 3/3, Wien, abrufbar unter: https://secure.sebastian-kurz.at/ordnung-und-sicherheit/ (abgerufen am 19.11.2017).
- SORA/ISA: Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl 2017 (n=1.219, tel. Befragung 11.-15.10.2017), abrufbar unter: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2017_NRW_Grafiken-Wahltagsbefragung.pdf
- Stoknes, Per Espen (2015): What we think about when we try not to think about global warming: Toward a new psychology of climate action. Chelsea Green Publishing.
- Ther, Philipp (2017): Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Westle, Bettina (2003). „Universalismus oder Abgrenzung als Komponente der Identifikation mit der Europäischen Union?". In: Brettschneider, Frank et al. (Hg.). Europäische Integration in der öffentlichen Meinung. Opladen: Leske & Budrich, 115-152.

FUSSNOTEN:

1 SORA/IFES: Wahltagsbefragung Nationalratswahl 2006 (n=1.500, tel. Befragung 29.9.–1.10.2006), abrufbar unter: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2006_nrw_wahltagsbefragung_presseunterlage.pdf.

2 SORA/ISA: Wahltagsbefragung Nationalratswahl 2008 (n=1.200, tel. Befragung 25.-28.9.2008), abrufbar unter: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2008_nrw_wahlanalyse.pdf.

3 Hingegen attestierten über acht von zehn Befragten (82 Prozent) den „freiwilligen Helferinnen und Helfern" eine „sehr gute Arbeit". Quelle: SORA Im Auftrag des ORF (2015), n=1.000 Wohnbevölkerung ab 15, tel. Befragung 1.-21.10.2015.

4 Aus Gründen der Lesbarkeit wird im Text die männliche Form verwendet, nichtsdestoweniger beziehen sich die Angaben auf Angehörige beider Geschlechter.

5 Die Items lauteten „Ich freue mich in einem Land zu leben, das den Flüchtlingen helfen kann", „Es ist unsere Pflicht, Flüchtlinge aufzunehmen und menschenwürdig unterzubringen, um sie dadurch vor Krieg und Verfolgung zu schützen", „Österreich sollte sich zuerst um die Probleme im eigenen Land kümmern, für Flüchtlinge bleibt da weder Platz noch Geld", „Österreich sollte seine Grenzen möglichst dicht machen und keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen".

6 D.h. von diesen Befragten wurden jeweils zumindest drei von vier Items so beantwortet, dass sie sich pro Aufnahme/Hilfe bzw. gegen Abschottung aussprachen.

7 Lakoff verwendet in der Regel den Begriff „Bi-Conceptualists", in diesem Text bevorzugen wir synonym den weniger sperrigen Ausdruck „Value Shifters".

8 Bereits vor 15 Jahren hat unter anderen Bettina Westle (2003) ein ähnliches Phänomen in ihren Analysen von sozialpsychologischen Daten zu politischen Identitäten untersucht. Westle fand in Zeitreihen zur Identifikation der Bürger mit Europa, Nation und Region, dass Identifikationen keineswegs Ausschließlichkeit implizieren, sondern unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und multiple Identifikationen die Regel sind. Einen Schritt weiter gingen französische Untersuchungen (Duchesne / Frognier 2002), die statistisch zeigen konnten, dass Identifikationen mit Europa und der Nation in der Regel komplementär funktionieren, außer in Zeiten öffentlicher europapolitischer Debatte, wo die Bürgerinnen und Bürger also gleichsam zur Setzung einer Präferenz gezwungen werden.

9 Für eine einführende Zusammenfassung zum Ansatz des „motivated reasoning" siehe Kahan (2016).

10 SPÖ (2016): PLAN a. Das Programm für Wohlstand, Sicherheit & gute Laune, S.102.

11 APA de facto (2017): Medienanalyse TV-Wahlkampf. (abrufbar unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171012_OTS0199/medienanalyse-tv-wahlkampf-25h-sprechzeit-fuer-migrationsthemen-grafik) (abgerufen am 20.11.2017).

12 SORA/ISA: Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl 2017.

13 Der Ausdruck ist nicht geschlechtsneutral, weil in diesem Modell die letztgültige Autorität vom Vater als männlichen Familienoberhaupt ausgeht.

14 SORA/ISA: Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl 2017 (n=1.219, tel. Befragung 11.-15.10.2017), abrufbar unter: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2017_NRW_Grafiken-Wahltagsbefragung.pdf.

15 Wahlprogramm Neue Volkspartei, 2017.

16 Z.B. https://www.profil.at/shortlist/oesterreich/warum-es-fluechtlinge-nach-wien-zieht-8326022 (abgerufen am 20.11.2017).

17 SORA/ISA: Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl 2017. Offen nach dem zentralen Grund für ihre Wahlentscheidung gefragt nennen rund vier Prozent der ÖVP-Wähler die „Silberstein Affäre". Bei den SPÖ- und FPÖ-Wähler spielte dieses Thema eine noch kleinere Rolle.

18 SORA/ISA: Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl 2017.

19 Ulrike Lunacek, „ORF-Wahlcouch", publiziert am 26.09.2017 http://orf.at/ballhausplatz2/stories/2408514/ (abgerufen am 20.11.2017).

20 In den Wahlprogrammen von SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grünen und Neos ist das Wort „Klimaschutz" der weitaus häufigste zusammengesetzte Begriff mit „Klima-", wie eine SORA-Untersuchung für „Österreichs Energie" gezeigt hat (http://oesterreichsenergie.at/files/Downloads%20Veranstaltungen/Downloads%20Trendforum/Downloads%20Trendforum%202017/Hofinger%20-Vortrag-Politische-Energie-Trendforum_2017-09-13.pdf, abgerufen am 20.11.2017).

21 Brüggemann, Michael, et al. „The appeasement effect of a United Nations climate summit on the German public." Nature Climate Change (2017).

22 https://diepresse.com/home/innenpolitik/5265698/Kernproblem-und-Kurz-vor-12_Gruene-kritisieren-Klimapolitik, https://www.gruene.at/klimakrise (abgerufen 20.11.2017).

23 http://wien.orf.at/news/stories/2864185/, https://diepresse.com/home/innenpolitik/nationalratswahl/5273896/Sei-ein-Mann_Gruene-praesentieren-erste-Plakate, http://diepresse.com/home/innenpolitik/nationalratswahl/5290115/Gruene-fordern-eigenes-Ministerium-fuer-Umwelt-und-Klimaschutz (abgerufen 20.11.2017).

24 Das steht im Einklang mit zahlreichen Studien, die belegen, dass Mobilisieren für Maßnahmen gegen den Klimawandel, so drängend das Problem auch erscheint, alles andere als „aufgelegt" ist, vgl. z.B. Stoknes, Espen (2015), Marshall (2015).

25 „Ich habe im Wahlkampf selten erlebt, dass irgendwer der anderen Parteien das auch angesprochen hat. Also, es scheint anscheinend nur uns wirklich wichtig zu sein." (Ulrike Lunacek in der Diskussion der SpitzenkandidatInnen [„Elefantenrunde"] im ORF am 12.10.2017).

Über die Autorin



Ingrid Brodnig ist Publizistin und auf die digitale Debattenkultur spezialisiert. 2017 erschien ihr Buch „Lügen im Netz. Wie Fake News, Populisten und unkontrollierte Technik uns manipulieren“ (Brandstätter-Verlag). Ihr Vorgängerwerk „Hass im Netz“ (erschienen 2016) wurde mit dem Bruno-Kreisky-Sonderpreis für das politische Buch ausgezeichnet. Für das Nachrichtenmagazin profil schreibt sie die wöchentliche IT-Kolumne #brodnig und auf ihrem Blog greift sie regelmäßig digitale Themen auf. So warnte sie schon früh in diesem Wahlkampf vor der Facebook-Seite „Die Wahrheit über Sebastian Kurz“ und deren Methoden. Mehr Infos dazu unter *brodnig.org*.